

Hindernisse im genossenschaftlichen Wohnungsbau

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **33 (1958)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102958>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hindernisse im genossenschaftlichen Wohnungsbau

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich in letzter Zeit noch mehr verschlimmert; in der Stadt Zürich ist die Situation besonders kritisch. In Bund, Kantonen und Gemeinden dringt daher die Einsicht immer stärker durch, daß eine Normalisierung des Wohnungsmarktes nur durch erneute öffentliche Förderung des sozialen Wohnungsbaues, insbesondere für Familien mit den kleinsten Einkommen, erreicht werden kann. Die Bau- und Wohngenossenschaften verfolgen diese Entwicklung und betrachten es als ihre Aufgabe, Wohnungen eventuell auch ohne öffentliche Finanzbeihilfe für jene Kreise der Arbeiter und Angestellten zu erstellen, für welche der subventionierte Wohnungsbau nicht in Betracht kommt.

Besondere Schwierigkeiten bietet vor allem die Beschaffung des Baulandes, vorab in den Städten. Im Hinblick auf die schwindenden Landreserven in den Städten werden Mittel und Wege geprüft, um den sozialen Wohnungsbau auch in den Vororten und den weiteren Stadtregionen zu ermöglichen. Kleinere Bau- und Wohngenossenschaften sind jedoch aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht in der Lage, die Ausführung größerer Bauprojekte allein in Angriff zu nehmen. Bei kleineren Projekten werden aber die Baukosten zu hoch, und es können zudem die Rationalisierungsmöglichkeiten nicht richtig ausgenützt werden. Angesichts dieser Schwierigkeiten muß befürchtet werden, daß künftige Kredite von Bund, Kantonen und Gemeinden nicht voll ausgeschöpft werden könnten.

Die Vorstände der Sektionen Zürich und Winterthur prüften deshalb die Möglichkeit des künftigen genossenschaftlichen Wohnungsbaues. Zu diesem Zwecke wurden die angeschlossenen Wohngenossenschaften im September 1957 durch ein Rundschreiben aufgefordert, die Möglichkeiten einer weiteren Bautätigkeit zu diskutieren und den Vorständen hierüber zu berichten. Vor allem sollten Mittel und Wege zur gemeinsamen Überwindung der enormen Schwierigkeiten gesucht werden, zum Beispiel Gemeinschaftsaktionen zweier oder mehrerer Baugenossenschaften für die Ausführung ihrer Projekte.

Das vorläufige Resultat dieser Umfrage, an der sich in der Sektion Zürich nahezu fünfzig Wohnbaugenossenschaften beteiligt haben, ist durchaus erfreulich und zeigt, mit welchem Ernst diese Frage in den Vorständen diskutiert wird. Zwar sehen etwa die Hälfte der antwortenden Baugenossenschaften für sich keine Möglichkeit einer Beteiligung an künftigen Wohnbauaktionen, vor allem wegen der Unmöglichkeit, Bauland zu annehmbaren Preisen zu erwerben. Tatsächlich verfügen denn auch nur noch zwölf Baugenossenschaften über eine bescheidene Landreserve, wofür meistens schon Bauprojekte ausgearbeitet sind. Acht Baugenossenschaften sehen für sich noch eine Möglichkeit, Bauland zu erwerben. Einige Baugenossenschaften beabsichtigen in nächster Zeit, nichtsubventionierte Wohnungen zu errichten; weitere wären hierzu bereit, besonders dann, wenn die Finanzierung

gelingen würde. Einige größere Baugenossenschaften sind außerdem schon seit einiger Zeit dazu übergegangen, auch nichtsubventionierte Kleinwohnungen zu erstellen, vor allem für ältere Ehepaare und Alleinstehende, um dadurch die Unterbesetzung von Wohnungen nach Möglichkeit zu beheben. Aus der Umfrage ergibt sich ferner, daß eine erfreulich große Anzahl von Baugenossenschaften die Anregung, mit andern Baugenossenschaften in Baugemeinschaft zu bauen, begrüßt. Dabei verdient auch die Anregung besondere Beachtung, daß kleinere Baugenossenschaften in den Vorortsgemeinden und auf dem Lande in Zusammenarbeit mit einer größeren städtischen Baugenossenschaft Projekte verwirklichen könnten.

Zusammenfassend ergibt sich auf Grund der Umfrage, daß die Wohn- und Baugenossenschaften der Sektion Zürich bereit und gewillt sind, an einer künftigen Wohnbauaktion tatkräftig mitzuwirken, sofern die hierfür unbedingt erforderliche öffentliche Finanzbeihilfe erteilt und insbesondere auch geeignetes Bauland zu tragbaren Preisen zur Verfügung gestellt wird. Unter diesen Voraussetzungen wollen auch die Baugenossenschaften die herrschende Wohnungsnot durch die Errichtung weiterer genossenschaftlicher und sozialer Wohnungen bekämpfen helfen. Bg

In der Sektion Winterthur antworteten elf Genossenschaften. Davon sind sieben Genossenschaften bereit, sich an einer gemeinsamen Aktion zu beteiligen. Eine Genossenschaft besitzt ein fertiges Projekt für die Erstellung von Wohnungen ohne öffentliche Unterstützung, falls ihr gestattet wird, dreigeschossig zu bauen. Zwei weitere Genossenschaften haben Projekte in Vorbereitung. Fünf Genossenschaften beabsichtigen in nächster Zeit, Wohnungen ohne öffentliche Hilfe zu erstellen, sofern die Finanzierung möglich ist. Fünf Genossenschaften verfügen über etwas Bauland. Alle andern erklären, sie seien nicht in der Lage zu bauen, da sie kein Bauland zu annehmbarem Preis erhalten können. Vier Genossenschaften werden sich an der Aktion beteiligen, die von der Stadt Winterthur vorbereitet wird. Nur eine Genossenschaft auf dem Lande antwortet, es bestehe zurzeit kein Wohnungsmangel mehr, nachdem sie einen weiteren Block fertiggestellt habe. G.

Wien baut 9500 Wohnungen

Das Budget der Stadt Wien für 1958 sieht vor, mehr als einen Drittel der Gesamtausgaben dem Baugewerbe und den Baunebengewerben zufließen zu lassen. Für alle Bauvorhaben, einschließlich des Wohnungsbaues, wird die Gemeinde Wien im kommenden Jahr rund 1,5 Milliarden Schilling ausgeben. Für den eigenen Wohnhausbau will die Stadt 500 Millionen Schilling aufwenden, für Wohnbaudarlehen an Genossenschaften 70 Millionen Schilling und für Wohnbauförderungsdarlehen 120 Millionen Schilling. Dabei ist zu bemerken, daß die Kriegsschäden zum größten Teil behoben sind. – Im einzelnen sieht das Bauprogramm vor, schon in der nächsten Zeit 100 Millionen Schilling für genossenschaftliche Bauplätze zur Verfügung zu stellen. Der kommunale Wohnbau wird 5000 Wohnungen schaffen, er muß weitergehen, er ist absolut notwendig. «Metropole des sozialen Fortschritts» nennt die Wiener «Arbeiterzeitung» das moderne Wien; wir können hinzufügen: Die Stadt des guten Beispiels!